

Am 15.12.2005 verabschiedete das Stadtparlament den Haushalt 2006. Günter Pabst, Fraktionsvorsitzender der UL hielt dazu folgenden Beitrag:

Soziale Strukturen in der Stadt erhalten

„Schwalbach gehört zu den Städten und Gemeinden, die mit dem Haushalt 2006 sehr früh die Umstellung von der kameralistischen auf die doppische Haushaltsführung vornehmen. Für Magistrat und Verwaltung ist dies eine große Herausforderung gewesen und für die Stadtverordneten erst recht; oft genug fehlten die gewohnten Vergleichszahlen. Die beiden Hauptamtlichen und die Mitarbeiter der Finanzverwaltung haben mit zusätzlichen Informationen versucht, die Informationslücken so gering wie möglich zu halten. Dass hier und da noch offene Fragen sind, war nicht anders zu erwarten. In diesem Punkt will ich den Bürgermeister und Magistrat nicht kritisieren.

Zur Diskussion um die Senkung der Gewerbesteuer

Bis heute Morgen hatte ich auch nicht die Absicht, mich zur Politik des Bürgermeisters zu äußern. Als ich aber die heutige Lokalausgabe der Frankfurter Rundschau (15.12.2005) aufschlug, war der Ärger da. So geht es nicht, Herr Bürgermeister. Das ist keine seriöse Politik. Die Frage der Gewerbesteuer senkung kann man nicht eben mal unter Punkt "Verschiedenes" diskutieren und dann noch über die Presse, am Tag der Verabschiedung des Haushaltes, für die Notwendigkeit werben. Dies ist mehr als ärgerlich.

Wenn Sie die Senkung der Gewerbesteuer ernsthaft betreiben würden, um einen positiven Beschluss des Stadtparlaments zu erreichen, dann bedarf es dazu einer gut ausgearbeiteten Vorlage, in der auf mittlere Sicht mit Zahlen die Perspektiven der Einnahmen, die Entwicklung der Ausgaben und die Verschuldung problematisiert wird. Wenn Sie, Herr Seel, mit einer solchen eigenen Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung gekommen wären, dann könnten wir wenigstens ihre Argumente überprüfen und dazu Stellung nehmen. So verschanzen Sie sich aber hinter ihrer Partei, kommunizieren die Problematik über die Presse und schieben der Koalition den Schwarzen Peter zu. Das ist keine verantwortungsbewusste Politik. Tut mir leid, dies hier in aller Deutlichkeit sagen zu müssen. Aber Sie haben dies durch ihr Interview provoziert.

Angesichts eines prognostizierten Defizites von ca. 3,5 Millionen und einem Restdefizit von 0,9 Millionen Euro aus dem laufenden Jahr ist es unverantwortlich, aufgrund der vorliegenden Fakten die Gewerbesteuer zu senken. Es müssen überzeugende Argumente und fundierte Prognosen auf den Tisch, dann lässt sich darüber auch ernsthaft reden.

Leider befinden sich die Städte untereinander im Konkurrenzkampf um ansiedlungswillige Firmen und die Art und Weise wie hier unser Nachbar Eschborn Druck ausübt ist unverantwortlich und unsolidarisch. Eschborn sucht auf „Teufel komm raus“ den eigenen Vorteil und seine erneute Senkung des Hebesatzes ist ein Affront gegenüber der Region. Angesichts dieser Politik auf Kosten der Nachbargemeinden stellt sich die Frage, ob die Zusammenarbeit mit Eschborn z.B. im Hinblick auf den Sportpark nicht überdacht werden sollte.

Überfällig ist eigentlich eine gemeinsame Regionalpolitik und eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Gemeinden und Städten. Seit einem Jahrzehnt wird dieser Umstand von den Städten und Gemeinden und ihren Gremien beklagt, aber weder schwarz/gelb noch rot/grün noch rot/schwarz haben dieses Problem bisher gelöst und die Kommunen finanziell so ausgestattet, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

...es wird nicht zuviel ausgegeben, sondern zu wenig eingenommen

Wir stellen heute fest, dass durch die Politik die Gesellschaft zunehmend in zwei Teile zerfällt. Die Ev. Kirche aus dem Hochtaunuskreis hat kürzlich ihren ersten Reichtums- und Armutsbericht vorgelegt. Viele Menschen leben unter der Armutsgrenze, haben keinen Job, sind ohne Perspektive und nehmen kaum am gesellschaftlichen Leben teil. Die Situation im Main-Taunus-Kreis wird sich davon nicht allzu sehr unterscheiden und in Schwalbach ist es nicht anders, auch wenn dies in der Öffentlichkeit kaum sichtbar ist.

Es sind ja nicht nur die Kirchen, die dies feststellen: es gibt einen zunehmenden Bevölkerungsteil der unter und knapp über der Armutsgrenze lebt und eine kleine Schicht, deren Reichtum sich überproportional vergrößert hat. Und mit dem privaten Reichtum stieg die Armut der öffentlichen Hand, so dass es auch weniger öffentliche Leistungen für die privaten Nichtwohllhabenden gibt. Die Städte und Gemeinden sind überschuldet und können ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Sie sind überschuldet, nicht weil sie zuviel ausgegeben, sondern weil sie zu wenig einnehmen, weil sich zu viele verabschiedet haben, am gesellschaftlichen Ausgleich mitzuwirken.

Gemessen an den Aufgabenstellungen gibt Schwalbach zu wenig aus. Die prekäre Einnahmesituation zwingt uns aber seit einigen Jahren einen Sparhaushalt nach dem anderen zu fahren. Auch der Haushalt 2006 lässt keine großen Gestaltungsspielräume zu.

Dabei ist die Liste der Probleme lang, die es zu bewältigen gäbe:

- ein hoher Investitionsbedarf bei der Gebäudesanierung, beim Straßenbau, beim Schwimmbad;
- die Personalausstattung in den Kindergärten (Schwalbacher Standard);
- die Betreuung der unter dreijährigen Kinder;

um nur einige Beispiele zu nennen.

Mangels Masse können diese Ziele z.Zt. nicht angegangen werden.

Es unterbleiben die Investitionen in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen und damit gehen die Ansprüche an soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zunehmend verlustig.

Das Gesamtszenario stimmt nicht optimistisch. Trotz der schwierigen finanziellen Haushalts-Situation versuchen wir aber den erreichten sozialen Standard in Schwalbach zumindest zu halten.

Lassen Sie mich dies an ein paar Beispielen deutlich machen:

Wie in den vergangenen Jahren zeichnet sich ja auch bei dem Haushalt 2006 eine hohe Übereinstimmung im Bemühen um Einsparungen ab.

Der neue doppische Haushalt lässt es zu, dass wir nicht mehr in jede einzelne Haushalts-Position gehen müssen, es reicht, sich bestimmte zusammenfassende Kostenstellen anzuschauen. In der Kostenstelle 13 werden nunmehr die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zusammengefasst. Sie belaufen sich auf etwa 5,3 Millionen Euro (darin sind die Bewirtschaftungskosten, die Sachmittel, Porto und Telefon ebenso enthalten wie die Zuschüsse für die Arbeit von Jugendzentrum, Kindergärten, Jugendbildungswerk, Vereine usw.).

Im Haupt- und Finanzausschuss hat sich nun die CDU durchgesetzt, diese Position um 10% zu kürzen. Dies entspricht ca. 530.000 € - . Im Koalitionsantrag zum Haushalt war noch von einer Kürzung von 8% die Rede als Bestandteil eines ausgewogenen Gesamtkürzungskonzeptes. Wir können und müssen mit der höheren Kürzung leben; der Magistrat muss nun sehen, ob er den höheren Kürzungsbetrag auch umsetzen kann.

Keine Kürzungen bei der inhaltlichen Arbeit

Vom Kürzungssog waren alle anderen Fraktionen so überwältigt, dass sie sich keine Gedanken machten, welche Konsequenzen dieser Beschluss eigentlich auf die inhaltliche Arbeit der vielen Projekte hat. Es war die UL, die darauf aufmerksam machte.

Der UL haben es die Projekte (z.B. Gleichstellungsstelle, Leseförderung, Kindergärten, Vereine, Jugendbildungswerk, Hausaufgabenhilfe, Seniorenarbeit) zu verdanken, dass die inhaltliche Arbeit nicht in die Kürzung einbezogen wird.

Nun zu einzelnen Projekten:

1. Kulturkreis

Die Kulturkreis GmbH wird mit 337.600,00 € für Personal- und Projektkosten unterstützt. Hinzukommen nach der neuen Systematik noch 134.000 € für Leistungen des Bauhofes, der Stadtverwaltung und andere Verrechnungen.

Die Kulturkreis ist weiterhin ein erfolgreiches Projekt der Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements. Ohne die vielen Einzelnen, Gruppen und Arbeitskreise (in diesem Jahr wurden gleich zwei neue Arbeitskreise aufgenommen – Ak Schwalbacher Geschichte und der Ak Dallesbuben und –mädchen) wäre das kulturelle und soziale Leben in Schwalbach um einiges ärmer. Die Organisationsform der Kulturkreis als GmbH mit ihrer Eigenständigkeit und Flexibilität bewährt sich weiterhin, sie beizubehalten und mit einem relevanten Zuschuss auszustatten, ist eine lohnende Investition.

Von großer Bedeutung für die Kulturarbeit ist daher auch, dass die Sanierungsarbeiten im Bürgerhaus zügig weitergehen und bis zum Sommer abgeschlossen werden. Dafür werden in diesem Jahr ca. 1,9 Mill € zur Verfügung gestellt.

2. Jugendbildungswerk

Das Jugendbildungswerk ist uns ein Zuschuss in Höhe von 68.537 € wert.

Seine Angebote an die Schwalbacher Kinder und Jugendlichen und insbesondere an die Schüler von AES und FES werden intensiv genutzt.

In der Kooperation mit der Kulturkreis GmbH, der städtischen Jugendpflege und anderen Gruppen wurden und werden hervorragende Projekte durchgeführt. Herausragend z.B. die Kinderoper „Brundibar“ oder das Musical "Christopher Kolumbus". Für 2006 ist wieder ein Musical geplant. Mit den Veranstaltungsmitteln von ca. 16.000 € werden fast 20 Projekte realisiert.

3. Schwimmbad

Für die UL steht die Sanierung des Taunusbades als Familien-, Vereins- und Schulbad auf der Prioritätenliste an oberster Stelle. Hier erwarten wir, dass Bürgermeister Seel in Kürze die von der Koalition angeregte Studie zur Partnership-Finanzierung vorlegt, damit wir in der Finanzierungsfrage einen Schritt weiterkommen. Auf die Nachbargemeinden zu setzen, bringt uns, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, nicht weiter.

Das Bad hat eine überaus wichtige soziale Funktion. Auch für die Schulen hat das Schwimmbad eine nicht nur sportliche Funktion. Insofern macht es sich der Berichtstatter und Kommentator der SZ zu einfach, wenn er nur die Schwimmerquote zur Stützung seiner Argumentation heranzieht. Beide Leiterinnen der Grundschulen fühlen sich zudem in der Berichterstattung nur verkürzt und nicht richtig wiedergegeben.

Die UL begrüßt und unterstützt die Initiative "Pro Hallenbad" und hofft, dass wir bald ein Stück weiterkommen.

4. Kinderbetreuung

Verglichen mit anderen Städten und Gemeinden hat die Kinderbetreuung, auch ohne den Schwalbacher Standard) ein gutes Niveau. Dies muss zumindest gehalten werden. Natürlich wäre es auch vorteilhaft, wenn wir gebührenfreie Kinderbetreuung anbieten könnten, natürlich haben wir einen hohen Nachholbedarf an Betreuungsplätze für die Kinder unter drei Jahre. Die seit über 25 Jahre bestehenden Kleinkindergruppen im Limes, das Modell „Tagesmutter“ und die Betreuungsangebote durch die Kirchen sind gemessen an der Notwendigkeit nicht ausreichend. Im Haushalt aber Luftnummern einzubauen und den Eltern Hoffnungen zu machen, verbietet sich, denn derzeit kann niemand diesen Komplex finanzieren.

5. BDP/"Stadtinsel"

Der Magistrat hatte, nach dem seine Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung im November mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde, 20.000 € für den Abriss der Toilettenanlage eingestellt.

Die Koalition lehnt dies ab und hat als Alternative folgendes formuliert:

- das Teilstück im Bereich der öffentlichen Toilettenanlage wird in die bestehende Erbbaupacht einbezogen;
- die stark sanierungsbedürftige Toilettenanlage wird an den BDP zum symbolischen Preis von 1,00 € verkauft
- Mit der Erweiterung des Erbbauvertrages wird mit dem BDP vereinbart, dass die Vorderseite des Gebäudes ein einheitliches Bild erhält und die Gartenanlage mit einem Sichtschutz zu versehen ist. Ferner wird vereinbart, dass der BDP dafür Sorge trägt, dass das Gebäude und Gelände auf Dauer in einem verkehrsüblichen angemessenen Zustand zu halten ist.

Damit wird der Magistrat beauftragt, mit dem BDP die entsprechenden Vereinbarungen und Verträge abzuschließen. Die Ziele sind so formuliert, dass sie dem Problem und dem Anlass gerecht wird und auch angemessen ist.

6. Vereine

Auch in den Vereinen engagieren sich viele Schwalbacher Bürgerinnen und Bürger. Die Vereine übernehmen eine wichtige soziale Funktion in der Integration von Jung und Alt, Deutschen und Nichtdeutschen, Alt- und Neubürger. Sie sollen auch weiterhin entsprechend den Vereinsrichtlinien gefördert werden; allerdings müssen wir den Vereinen zumuten, dass nur 50% der Fördersätze ausgezahlt werden können. Die Jugendarbeit bleibt aber weiterhin von Kürzungen verschont. Insgesamt können die Vereine ca. 25.000 € abrufen.

Zustimmung und Dank

Alles in allem, die Unabhängige Liste stimmt diesem Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 zu.

Der Haushalt 2006 ist weiterhin ein defizitärer Sparhaushalt. Es bleibt eine schwierige Gratwanderung, die sozialen Strukturen nicht zu gefährden, aber auch so sparsam zu haushalten, dass die Verschuldung begrenzt bleibt. Dazu benötigen wir nicht nur das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ihre Mitwirkung. Ihr ehrenamtliches Engagement fängt einiges auf. Ihnen allen, die sich in den Vereinen und Gruppen aktiv und fördernd einsetzen, sei dafür gedankt. (...)

Günter Pabst, Unabhängige Liste Schwalbach